№ 11. Sonnabend, 18. März. 1865.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7¾ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstr. 34, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Bei dem herannahenden Ende des Vierteljahres ersuchen wir unsere Leser um rechtzeitige Erneuerung ihres Abonnements, damit sie das Blatt ohne Unterbrechung regelmäßig forterhalten. Gleichzeitig ersuchen wir unsere Leser, durch größtmöglichste Verbreitung unseres Blattes demselben ihre Unterstützung zukommen zu lassen.

Ueber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes ersuchen wir, bei dem betreffenden Spediteur oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da wir von hier aus unser Blatt regelmäßig versenden.

Die Regierung und die konservative Partei.

Vor vierzehn Tagen zeigten wir, daß die meisten Leute, welche man so zur konservativen Partei rechnet, eigentlich selbst nicht recht wissen, was sie wollen, wenn sie auch in anderen Dingen ganz verständig sein mögen. Aber in Staats- und Kreis- und Gemeindesachen selbst zu denken und selbst etwas zu thun, ist ihnen viel zu unbequem. Dabei ärgern sie sich doch, daß ihre freisinnigeren Mitbürger die Hände nicht auch in den Schooß legen und nicht auch haben wollen, daß die Regierung und die Beamten in den Dingen, die doch das ganze Land und jeden Einzelnen angehen, Alles blos nach ihrem eigenen Kopf thue. Diese guten Konservativen halten es zugleich für höchst weise und höchst patriotisch, wenn sie blindlings Jedem nachlaufen, der sich vor ihnen als ein besonders eifriger Freund der gegenwärtigen Regierung geberdet. Nur sehen sie nicht, daß sie damit nicht einmal immer dem Minister einen Gefallen thun, sondern daß sie eben so oft nur für die rothe Reaktion die Kastanien aus dem Feuer holen. Sie werden das freilich erst merken, wenn die Sache ihnen selbst zu Haus und Hof kommt, und wenn sie nicht blos die Finger, sondern obenein die ganze Hand und den ganzen Arm sich recht gehörig verbrannt haben.

Als wir diese unsere Gedanken, wenn auch in etwas anderen Worten niederschrieben, da erwarteten wir nicht anders, als daß die Herren der Regierung uns recht hart anlassen würden. Wir dachten, daß wenn gar einer unserer Vertreter im Abgeordnetenhause eben so sprechen sollte, wie wir, daß dann wohl gar ein Minister selbst aufstehen und sich alle erdenkliche Mühe geben würde, um ihm eine andere und bessere Meinung von der konservativen Partei im Lande beizubringen. Denn die Herren Minister haben ja schon hundert Mal erklärt, daß gerade diese Partei eine ganz unentbehrliche Stütze für ihre Regierung sei.

Aber nichts von alle dem geschah. Im Gegentheil trat das ganz Unglaubliche ein. Denn kaum war unsere Nummer 9, in der alles das zu lesen stand, aus der Druckerei herausgekommen, als auch schon der Minister des Innern, der Graf Eulenburg, im Abgeordnetenhause sich erhob (es war am 3. März), um die Schwäche jener Partei, wenn auch nicht mit denselben Worten, doch genau in demselben Sinne und nicht weniger scharf zu schildern, wie wir selbst es nur so eben gethan hatten. Von der rothen Reaktion sprach er allerdings nicht. Doch sagte er unter Anderem: „Eine konservative Partei hat an und für sich keinen großen Trieb zur Regsamkeit.“ In Preußen aber ist sie noch nicht einmal „der Interessen des Landes, und darum ihres eigenen Interesses wegen“ konservativ, sondern sie ist es nur „um der Regierung willen.“ Darum ist sie auch durchaus nicht „thatkräftig und opferwillig“; erst, wenn sie das sein wird, wird es, wie der Herr Minister meint, „besser stehen in Preußen.“ Nun, wir stimmen dem Minister in alle dem vollkommen bei, auch darin, daß es besser in Preußen stehen wird, wenn auch alle diejenigen Konservativen „thatkräftig und opferwillig“ sein werden, die doch in ihrem Hause, in ihrem Geschäft und in ihrer Wirthschaft sich als ganz verständige und wackere Männer beweisen. Denn „thatkräftig und opferwillig“ auch in Staats-, Kreis- und Gemeindesachen werden sie erst dann werden, wenn sie über diese Dinge eben so verständig und rechtlich nachdenken, wie über ihre eigenen häuslichen Angelegenheiten. Wenn sie

aber das thun, dann — der Herr Minister kann sich darauf verlassen — dann werden sie auch aufhören, konservativ in dem landläufigen Sinne des Wortes zu sein. Am allerwenigsten aber werden sie für ein budgetloses Regiment, für dreijährige Dienstzeit und für Maßregelung von Richtern und Lehrern stimmen. Wir hoffen sogar, daß gar Manchem von ihnen schon jetzt die Augen über sich selbst und seine bisherigen Irrthümer aufgehen werden, wenn er nur die Schilderung liest, die sogar ein Minister von der konservativen Partei gemacht hat.

Was wir aber hoffen, das fürchten natürlich die Leute, die das gegenwärtige Ministerium um jeden Preis erhalten möchten. Darum hat u. A. die „Provinzialkorrespondenz“ sich gar sehr gehütet, die Rede des Grafen Eulenburg so abzudrucken, wie er sie wirklich gehalten hat. Sie läßt vielmehr bei Wiedergabe derselben alle von uns angeführten Stellen vollständig weg. Nur passirt ihr dabei das Unglück, noch ein anderes von uns nicht angeführtes Wort ihren Lesern zum Besten zu geben, nämlich das, daß die „konservative Partei wesentlich geneigt“ sei, „von der Regierung Impuls (d. h. Anreizung) und Stütze zu erwarten.“ Natürlich muß da Jedermann fragen: „Wie ist es der Regierung möglich, daß sie auf eine Partei sich stützen will, die ja gerade umgekehrt von ihr gestützt zu werden verlangt? Wie kann die Regierung gar erwarten, mit Hülfe dieser nicht „thatkräftigen“, nicht „opferwilligen“ Partei die sogar noch trägere Masse derer an sich heranzuziehen, die der Herr Minister die apathische Partei nennt?“ Er nennt nämlich „apathisch“ die große Masse derer, die um die öffentlichen Angelegenheiten sich noch viel weniger bekümmern, als die Mehrzahl der Konservativen. Es sind die, von denen ein anderes regierungsfreundliches Blatt sagt, daß sie trotz der Aufforderungen von Seiten aller Parteien, daß sie „sogar trotz der Aufforderungen der Regierung“ sich bis jetzt noch nicht einmal entschlossen haben, bei den Wahlen blos ihre Stimmen abzugeben. Indeß der Herr Minister meint, daß die Regierung gerade aus jenen „Konservativen“ und gar diesen „Apathischen“ d. h. „Stumpfsinnigen“ (so steht wenigstens im Griechischen Lexikon) doch „mit der Zeit“ eine Majorität „für sich gewinnen“ werde. Dabei räumte er zu unserer lebhaften Genugthuung ein, daß die Regierung schlechterdings eine Majorität für sich haben müsse, weil sie ohne dieselbe „auf die Länge nicht heilsam wirken“ könne.

Gewiß kann eine Regierung nicht heilsam wirken, wenn sie nicht die Majorität, das heißt aber, die Majorität der „thatkräftigen und opferwilligen“ Männer im Lande für sich hat, ja, sie kann ohne solche Majorität nicht einmal „auf die Länge“ bestehen. Was aber uns und dem Lande und was der Regierung selbst eine Majorität nützen soll, die aus den von dem Minister geschilderten „Konservativen“ und „Apathischen“ zusammengesetzt wäre, das können wir trotz alles Kopfzerbrechens nicht begreifen. Ja, wir begreifen nicht einmal, wie der Minister solch eine Majorität auch nur zu Stande bringen will. Seine „Konservativen“ werden sie ihm doch wahrlich nicht verschaffen. Allerdings rechnet der Graf Eulenburg zu den Mitteln, durch die man „eine solche Majorität für sich zu gewinnen“ im Stande ist, auch die Einwirkung der Landräthe und anderer Beamten und er erklärt, daß es ganz und gar keine Pflichtwidrigkeit sei, wenn „eine direkte Aufforderung an die königlichen Beamten, für das Zustandekommen von Wahlen zu wirken, welche der Regierung günstig sind“ von dem „Minister des Innern“ erlassen wird.

Wir meinen zwar, daß jede amtliche Einwirkung auf die Wahlen dem Wesen eines freien und eines Rechtsstaats, und eben so dem Geiste unserer Preußischen Verfassung widerspricht, aber wir streiten mit dem Herrn Minister darüber nicht. Wir bezweifeln jedoch aus den triftigsten Gründen, daß eine Regierung in Preußen nur mit solchen Mitteln aus solchen Elementen jemals wieder eine Majorität zu Stande bringen werde. Brächte sie sie aber zu Stande, wie es Napoleon III. bei seinen Franzosen allerdings bis jetzt geglückt ist: nun so können wir den Ministern nur unsere früheren Worte wiederholen: „Eine solche Majorität gleicht jenem Aegyptischen Rohrstabe, der die Hand dessen durchbohrt, der sich auf ihn stützen will.“

Politische Wochenschau.

Preußen. Im Abgeordnetenhause hat eine sehr lebhafte Debatte wegen der Stellung der freien Gemeinden stattgefunden. Dieselben finden bis jetzt in Preußen, in dem Staate, in welchem, nach dem Ausspruche Friedrichs des Großen, vor hundert Jahren jeder nach seiner Façon seelig werden konnte, noch immer keine vollständige Anerkennung ihrer Rechte. Nach der Erklärung, welche der Kultusminister abgegeben hat, soll daran auch nichts geändert werden. Jetzt beschäftigt sich das Haus mit dem Budgetbericht, über den wir schon früher unseren Lesern Mittheilung gemacht haben, und der dem Hause die Annahme von sechs Resolutionen empfiehlt, welche wir ihrer Wichtigkeit wegen heut noch einmal wiederholen. Der Schlußantrag lautet:

„Das Haus wolle beschließen, der Staatsregierung gegenüber zu erklären:

I. In dem vorgelegten Staatshaushalts-Etat ist eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht zu erkennen.

II. Der Militär-Etat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung.

III. Für produktive Zwecke, Stromregulirungen, Wegebauten, Landesmeliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, desgl. für Verbesserung der Gehälter der Lehrer, der Subaltern- und Unterbeamten sind größere Summen wie bisher zu verwenden.

IV. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet eine Reform und Ermäßigung drückender oder zweckwidrig angelegter Staatskosten, namentlich die Herabsetzung der Gerichtskosten und des Briefporto's und die Aufhebung des Salzmonopols in Angriff zu nehmen.

V. Die Gebäudesteuer ist unter Ueberlassung des Ueberschusses an die Gemeinden auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,260 Thlr. jährlich festzustellen.

VI. Es ist eine gesetzliche Umwandlung der Klassen- und Einkommensteuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl von Monatsraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben

sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monatsraten jährlich durch das Budget festgestellt wird."

Hierzu hat der Abg. Virchow und Gen. einen Antrag VII. gestellt, durch welchen das Ministerium aufgefordert werden soll, schon in dem diesjährigen Budget Abänderungen zu treffen, welche den Punkten I—III entsprechen. Die sehr lebhafte und sehr eingehende Debatte währt bei dem Schluß unserer diesmaligen Nummer bereits zwei Tage, ohne daß das Ministerium an derselben anders als durch einen Regierungskommissarius, welcher sich über einige formelle Gegenstände ausgesprochen hat, direkten Antheil genommen hat. Der Finanz-Minister war allerdings in der Sitzung anwesend, doch hat er weder in seinem eigenen Namen noch Namens des Staatsministeriums sich über die Stellung ausgesprochen, welche dasselbe zu dieser wichtigen Debatte einnimmt.

In der Kommission, welche die Militärvorlage der Regierung beräth, sind mehrere Amendements eingebracht worden, welche die Absicht haben, eine Versöhnung zwischen Regierung und Kammer herbeizuführen. Obgleich theilweise in demselben den Forderungen der Regierung die allergrößten Konzessionen gemacht werden, so hat doch der Kriegsminister oder dessen Vertreter bei den Verhandlungen noch keine Mittheilung gemacht, welche auf eine Neigung der Regierung hindeuten, auf die versöhnlichen Gesinnungen, die sich in diesen Amendements zeigen, einzugehen.

Im vierten **Berliner** Wahlbezirk ist bei der Nachwahl der Assessor Lasker, Mitglied der Fortschrittspartei, gewählt worden. Der Kandidat der konservativen Partei, der frühere Oberbürgermeister Krausnick erhielt bei der Wahl eine Stimme. — In **Lyck** ist bei der Nachwahl der Gutsbesitzer Ebhard, Mitglied der Fortschrittspartei, mit 211 gegen 130 Simmen gewählt worden.

Aus der Provinz Preußen mehren sich die Nachrichten von Weigerungen, die neue Gebäudesteuer zu zahlen.

In Potsdam sind zwei Rechtsanwälte vom Disziplinargerichtshofe zu einem Verweise verurtheilt worden, weil sie ohne Genehmigung des Kammergerichtspräsidenten in die Stadtverordnetenversammlung eingetreten waren. Der Rechtsanwalt Beer zu Saalfeld ist von dem Ostpreußischen Tribunal zu einer Geldstrafe von 30 Thlrn. verurtheilt worden. Der zum Mitglied des Kuratoriums der höheren Bürgerschule zu Hattingen gewählte Stadtverordnetenvorsteher Brandts ist von der Regierung nicht bestätigt worden. Ein Gleiches ist dem in Kolberg zum Mitglied der Schuldeputation gewählten Konrektor Fischer widerfahren.

Gegen den Abg. Assessor Lasker soll wegen seiner Wahlrede die Disziplinar-Untersuchung eröffnet worden sein.

In Koblenz ist am 13. d. M. der General der Infanterie v. Bonin plötzlich gestorben. Derselbe wurde bekanntlich bei Bildung des Ministeriums der neuen Aera zum Kriegsminister ernannt und trat später ab, um dem Herrn von Roon Platz zu machen. Man sagte damals allgemein, daß er sein Portefeuille niedergelegt habe, weil er den Reorganisations-Plan nicht billige.

Schleswig-Holstein. Es wird vielfach die Nachricht verbreitet, daß Oesterreich mit großem Nachdruck auf die Beendigung des provisorischen Zustandes dringe. Man schenkt jedoch dieser Nachricht keinen großen Glauben, ist vielmehr der Ansicht, daß man in Wien nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um von Preußen einen angemessenen Preis für die Forderungen, welche man in Berlin für die Regelung der schleswig-holstein'schen Angelegenheit aufgestellt hat, zu verlangen. In den Herzogthümern selbst spricht sich die öffentliche Meinung immer deutlicher dahin aus, daß zum sicheren Bestande des deutschen Grenzlandes ein inniges bundesstaatliches Verhältniß mit Preußen nothwendig ist. Mit diesem Lautwerden der öffentlichen Meinung zeigt sich für die preußische Regierung zugleich der Weg, welcher in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts als der allein zulässige zur Ordnung einer solchen Angelegenheit angesehen werden muß, nämlich der Weg der öffentlichen Abstimmung des ganzen Volkes.

Oesterreich. Das Ministerium und der Reichsrath stehen sich noch immer ziemlich schroff gegenüber. Zwar ist die Regierung der Forderung der Volksvertretung, die Ausgaben um etwa 27 Millionen zu ermäßigen, in so weit entgegengekommen, daß sie sich zur Herabsetzung des Budgets um 20 Millionen bereit erklärt hat, aber es hat den Anschein, als ob man sich mit dieser Konzession nicht begnügen werde. Wenn nun auch einerseits das Entgegenkommen des Ministeriums ein sehr weitgehendes genannt werden muß, so darf man doch andrerseits die Volksvertretung, welche sich damit nicht begnügen will, sondern auf die Erfüllung ihrer ganzen Forderung besteht, nicht als hartnäckig und starrsinnig bezeichnen. Der Zwiespalt zwischen Ministerium und Volksvertretung ist in Oesterreich ein tieferer, als hier in der Budget-Berathung zu Tage tritt. Die Geschichte des Belagerungszustandes in Galizien zeigt dies am deutlichsten. Dieser Belagerungszustand ist von der Regierung verhängt worden während der Reichsrath nicht zusammen war, auf Grund eines Artikels der Verfassung, welcher der Regierung erlaubt, zu Zeiten, in welchen der Reichsrath nicht zusammen ist, selbstständig Verordnungen zu erlassen. Der Reichsrath hat nun verlangt, daß ihm die Verordnung, welche den Belagerungszustand verhängt, zur nachträglichen Genehmigung respective Ablehnung vorgelegt werde. Die Regierung weigert sich dies zu thun, und zwar nicht nur in diesem einen Falle, sondern weil sie dies überhaupt nicht für nothwendig hält. Es ist in Folge dessen ein Antrag eingebracht worden, durch welchen ausgesprochen werden soll, daß alle solche Verordnungen außer Kraft treten, sobald sie nicht in der nächsten Session des Reichsrathes von diesem genehmigt werden.

Steuern und deren Bewilligung.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in dem Budgetrecht der Volksvertretung der Schwerpunkt des konstitutionellen Lebens liegt. So lange dieses Budgetrecht nicht in voller Kraft besteht, wird auf die Dauer die Volksvertretung aus ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit in die Stellung einer rein berathenden Versammlung gedrängt werden, denn da in einem geordneten Staate die Anlehen und die neuen Steuern doch nur zu den Ausnahmen gehören, so wird der Druck, welchen die Volksvertretung dadurch auf eine Regierung ausüben kann, daß sie ihre Genehmigung zu einer beabsichtigten Anleihe versagt, nur in sehr seltenen Fallen eintreten. Die Volksvertretung wird also meistens den Einfluß nicht besitzen, Maßregeln der Regierung, die nach ihrer Ueberzeugung nachtheilig sind, zu verhindern, oder ein politisches System, welches das Land in die größten Gefahren stürzt, zu beseitigen. Wir wissen recht wohl, mit welchen Gründen man die Aufnahme einer Bestimmung, durch welche die Volksvertretung in den Stand gesetzt wird, die Forterhebung der Steuern zu verhindern und dadurch die Fortführung der Verwaltung unmöglich zu machen, bekämpft hat und noch bekämpft. Man sagt, daß das Wohl und die Existenz des Staates hoch über allen Parteistreitigkeiten stehen müsse, und daß deshalb diese Existenz nicht durch Parteikämpfe auf's Spiel gesetzt werden dürfe. Wir nehmen die Berechtigung dieser Beweisführung vollständig an, aber wir stellen ihr ganz einfach die Forderung

entgegen, daß, da eine solche Steuerverweigerung nur eintreten kann, wenn die überwiegende Mehrheit der Volksvertretung und des Volkes in entschiedenem Gegensatz zur Regierung steht, die Minorität nachgiebt und ihre Ansicht den Ansichten der Majorität unterordnet, um nicht die Existenz des Staates auf das Spiel zu setzen. Gegen die Folgen eines übereilten Beschlusses schützt die Regierung das Recht, das Abgeordnetenhaus zu jeder Zeit aufzulösen und durch eine Neuwahl zu erneuern. Wenn dann die Wähler, d. h. die Steuerzahler entscheiden, daß ihr Geld nur in dem von ihren früheren Abgeordneten angegebenen Sinne verwandt werden soll, so sollte damit die letzte Entscheidung gegeben sein.

Unsere Verfassung weicht nun einmal von der aller anderen konstitutionellen Staaten dadurch ab, daß der Volksvertretung das Recht der Steuerverweigerung fehlt. Die Budgetkommission fordert in ihrem Generalbericht ein solches Recht auch nicht, sie hat sich vielmehr mit einem Mittel begnügt, durch welches sie der unberechenbaren Steigerung des Ertrages der direkten Steuern eine bestimmte, gesetzliche Schranke setzt, und zugleich bei einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit die Regierung wenigstens verhindert, außergewöhnliche Ausgaben zu machen, ohne daß dadurch die Fortführung der regelmäßigen Staatsverwaltung irgendwie gefährdet wird. Es bezieht sich dieses Mittel lediglich auf die direkten Staatssteuern, welche aber doch einen sehr beträchtlichen Theil der Staatseinnahmen bilden, und welche besonders der Regierung durch die gegebene Möglichkeit einer lediglich durch ihre Veranlagung zu bewirkenden Steigerung die Mittel zu außergewöhnlichen Ausgaben liefern können. Das Mittel besteht in der Zerlegung der direkten Steuer in 12 einzelne Monatsraten, welche nach dem angenommenen Steuersatz berechnet werden. Statt nun der Regierung die direkten Steuern ganz rücksichtslos, wie viel sie schließlich auch betragen werden, zu bewilligen, wird nur eine bestimmte Summe bewilligt, und der Regierung die Ermächtigung ertheilt, daß sie so viel Monatsraten erheben darf, bis die bewilligte Summe in ihren Händen ist. Welche Folgen die Annahme eines solchen Grundsatzes haben würde, liegt auf der Hand. Angenommen, die direkten Steuern betragen in Preußen 24 Millionen Thlr., so kann die Regierung dieselben durch höhere Einschätzungen, welche vielleicht der Steigerung des Wohlstandes zufällig entsprechen können, um 10 Proz., also auf 26,400,000 Thlr. steigern, und sich so etwa 2½ Million Thaler verschaffen, mit denen sie außerordentliche oder nicht bewilligte Ausgaben bestreiten kann. Nimmt man aber das neue Prinzip an, und die Kammer hat der Regierung 24 Millionen an direkten Steuern bewilligt, so wird sie dieselben nach der alten Einschätzung in 12 Monatsraten von je 2 Millionen erheben. Wollte sie durch höhere Einschätzung die Totalsumme der Einnahmen steigern, so würde bei einer Steigerung um 2,400,000 Thlr. jede Monatsrate 200,000 Thlr. mehr betragen, also würde mit 11 Monatsraten schon eine Summe von 24,200,000 Thlr. einkommen und somit nur unbedeutend mehr als veranschlagt, eingenommen werden.

Man sieht also, eine solche Einrichtung würde der Regierung die Möglichkeit nehmen, sich für außerordentliche Ausgaben Geld zu verschaffen, ohne daß doch die Fortführung des Staates in Gefahr geriethe. Wir freuen uns im Interesse einer gesetzlichen Entwickelung unserer Staatsverhältnisse über den Antrag der Budgetkommission, und wenn auch in diesem Augenblick die Hoffnung nicht groß ist, diese wie manche andere Verbesserung jetzt zur Ausführung kommen zu sehen, so ist damit doch ein so wichtiger Grundsatz ausgesprochen, daß wir an der Einführung derselben bei der nächsten günstigen Veränderung unserer politischen Lage nicht zweifeln.

Sprechsaal.

Bei der Debatte über den Erlaß des Landraths im Eylauer Kreise in Bezug auf die Wahl des Herrn von Tettau, welchen Erlaß man von liberaler Seite als eine unzulässige Wahlbeeinflussung bezeichnete, hat bekanntlich der Herr Minister des Innern die Behauptung aufgestellt, die jetzige Majorität sei nicht aus durchweg bewußten Wählern hervorgegangen. Es ist in Folge dieser Behauptung der „Volkszeitung" von einem Wähler jenes Kreises der folgende **„Offene Brief an den Minister des Innern, Herr zu Eulenburg"**, zugegangen:

„Herr Minister! In ihrer Rede, welche Sie den 3. d. M. im Hause der Abgeordneten gehalten haben, sagen Sie: „Glauben Sie denn, daß die Majorität der Opposition von bewußten Wählern gewählt worden sei? Nein, der größte Theil derselben dachte: nun ich wähle blos so, damit ich sozial nicht inkommodirt werde, die Regierung wird schon so vernünftig und stark sein, nachtheilige Folgen, die aus solchen Wahlen entspringen können, zu verhüten."

Da diese Rede durch die Interpellation des Herrn Dr. Möller, wegen des Inserats des Herrn Landraths von Kalkstein-Pr.-Eylau veranlaßt wurde, so würde es den Wahlmännern der Kreise Heiligenbeil-Pr.-Eylau Niemand verdenken, wenn dieselben sich das Prädikat „unbewußte Wähler" besonders zu Herzen ziehen. Da der Herr Minister aber sagt, nur ein großer Theil wähle unbewußt, so müssen wir annehmen, daß unter diesem großen Theil doch wohl nur die weniger Gebildeten und weniger Bemittelten gemeint sind. Zu diesen gehöre ich leider auch, denn ich habe nicht das Glück gehabt, höhere Schulen besuchen zu können, also bin ich unbewußter Wahlmann.

Nun, Herr Minister, kann ich Ihnen aber die heiligste Versicherung geben, daß nicht nur ich, sondern viele Tausende meines Gleichen mit dem **größten Bewußtsein** und **nach vollständiger Ueberlegung** die Herren der Opposition gewählt haben.

Damit Sie, Herr Minister, aber vollständig von unserem Bewußtsein überzeugt werden, erlaube ich mir, einige Gründe, die uns zur Opposition antreiben, hier anzuführen.

Erstens möchten wir gerne, daß alle unsere Jungens, die gesund und stark sind, zu Soldaten ausgebildet werden, nicht wie jetzt vielleicht der zehnte Mann; damit wenn uns der Feind einmal angreift, wir alle für unsern König und Vaterland zu kämpfen verstehen, und da das Soldatensein Geld und Jahre kostet, nicht nur ein Theil für's Ganze büßen darf. Da nun aber eine große Armee sehr viel Geld kostet, so glauben wir, daß nur durch eine kürzere Dienstzeit unser vorbezeichneter Zweck erreicht werden kann. Darum Opposition.

Zweitens wäre es uns sehr lieb, wenn wir endlich eine bessere Kreisordnung erlangen könnten: damit nicht nur die Herrn Rittergutsbesitzer, sondern jeder Stand vertreten wäre. Darum Opposition.

Drittens wünschen wir, daß unsere Herrn Geistlichen vom Staat ein fixirtes Gehalt bezögen, damit die Plackereien wegen Kalende und Stolgebühren ein Ende nehmen, welche es auch mitunter dem besten Seelsorger unmöglich machen, in Frieden mit seiner Gemeinde zu leben. Ebenso wünschten wir Trennung der Schule von der Kirche, damit die Lehre frei werde. Darum Opposition.

Wir wünschten noch manches mehr, aber für unbewußte Wahlmänner dürfte Vorstehendes schon zu viel sein.

Ich lebe der festen Ueberzeugung, der Herr Minister wird in meinem Briefe durchaus keine Beleidigung finden, wenigstens beabsichtige ich eine solche durchaus nicht, vielmehr ist

Hierzu eine Beilage.

es nur meine Absicht durch diesen Brief eine Beleidigung zurückzuweisen.

Brämer,
Mühlenpächter in Drangsitten bei Pr.-Eylau."

Ein „**Verfassungstreue**" überschriebener Aufsatz, welchen die **Amtsblätter** bringen, druckt im Eingange die Worte ab, welche König Friedrich Wilhelm IV. bei der Eidesleistung auf die Verfassung sprach, darunter gesperrt folgende: „Lebensbedingung der Verfassung ist, daß mir das Regieren mit ihr möglich gemacht wird." Weiter erzählt der Artikel, daß in den ersten zehn Jahren Herrenhaus wie Abgeordnetenhaus auch am Staatshaushalt gestrichen und neue Steuern verweigert, die Regierung dies Recht jedoch nicht bestritten habe, was sie damals habe thun können, weil aus dem Geist des Landtags hervorgegangen, daß er dem Könige das Regieren mit der Verfassung nicht unmöglich machen wolle, behauptet dann beweislos, die Fortschrittspartei habe Unfrieden gesäet, worüber unser Verfassungsleben beim Staatshaushalt in's Stocken gerathen sei, und fordert schließlich die Patrioten auf, dem König das Regieren mit der Verfassung möglich zu machen.

Wollte man daraus folgern: unsere Könige brauchen die Verfassung nicht zu halten, wenn ihnen das Regieren mit ihr nicht möglich dünkt, so irrt man, wie sich leicht aus den guten alten preußischen Gesetzen zeigen läßt.

Jene Eingangsworte enthalten nur eine politische Ansicht; enthielten sie aber selbst einen Vorbehalt, so war er ohne Wirkung, und überdies hat ihn König Wilhelm I. bei seiner Eidesleistung nicht wiederholt, sondern gemäß Verfassungsartikel 54 und 58 einfach geschworen: „die Verfassung fest und unverbrüchlich zu halten, und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren."

Unsere allgemeine Gerichtsordnung, Theil I., Titel 10, lehrt im § 309 aber, übereinstimmend mit den Gesetzen aller Länder und der allgemeinen Sittenlehre: „Dem Schwörenden ist keine eigenmächtige Abänderung der einmal feststehenden Eidesformel, noch auch eine willkürliche Auslegung derselben gestattet." Ganz klar tritt die Absicht des Gesetzgebers, jeden persönlichen Hintergedanken bei Leistung des Eides auszuschließen, in der Formel hervor, welche nach § 334 bei Eidesleistung der Juden, welchen man in jener Zeit weniger Verständniß der allgemeinen Sittengesetze zutraute, hinzugefügt werden mußte. Diese Formel lautete: „Wisse, daß du nicht nach deinem Sinne und deiner Auslegung der Worte, sondern nach dem Verstande, den wir und die Richter mit den Worten verbinden, den Eid ablegest!"

In diesem Sinne ist der Verfassungseid geleistet, und in diesem Sinne wird er, deß sind wir überzeugt, trotz alles Geschreies bezahlter Schreiber, welche in ihrem Eifer weit über das Ziel hinaus schießen, gehalten werden.

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Berlin.

Neues Werk von Adolph Streckfuß!

So eben ist erschienen und durch **alle Buch-, Kunst- und Kolportage-Handlungen** zu beziehen in **Lieferungen** oder in **Halbbänden**:

Die Weltgeschichte.

Dem Volke erzählt

von

Adolph Streckfuß.

Mit zahlreichen Illustrationen auf Tongrund.

Alle 14 Tage erscheint **eine Lieferung à 3 Bogen** groß Format mit 3 — 4 Illustrationen. **Preis nur: 4 Sgr.**
Oder alle 8 Wochen ein **Halbband, à 12 Bogen** groß Format mit 12—16 Illustrationen. **Preis nur: 16 Sgr.**
Vollständig mit circa 20 Halbbänden, à 4 Lieferungen.

Eine gewaltige Zeit ist es, in der wir leben! Von den Ufern des Mississippi, von den Hochebenen Mexiko's, von den Gefilden der südamerikanischen Pampas hinweg über die Kulturflächen der alten europäischen Erde bis zu den himmelragenden Gebirgen jener fabelhaften asiatischen Reiche regt sich das Menschengeschlecht, aufgewühlt bis in seine Tiefen, um eine neue Ordnung der Dinge herzustellen.

Wenn wir diese ungeheuren Kämpfe verstehen, ihren Verlauf mit klarem Blick verfolgen, ihren endlichen Ausgang berechnen wollen, müssen wir jenes ehrwürdige Buch der Geschichte aufschlagen, das uns Nachricht giebt von der Menschheit, von ihren Göttern und Helden, Künstlern und Dichtern, Märtyrern und Tyrannen, von ihren Schlachten und Völkerwanderungen, Entdeckungen und Erfindungen, von ihrer Schmach und ihrem Triumph, — von der grauesten Vorzeit bis auf unsere Tage: **„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!"**

Aber nicht nur Belehrung schöpfen wir aus jenem Quell, **sondern auch eine Unterhaltung, wie sie fesselnder dem menschlichen Geiste nicht geboten werden kann;** oder giebt es wunderbarere Märchen, als die Berichte von jenem Zauberlande Aegypten, dessen Pyramiden und Sphinxe uns noch heute von den Mirakeln seiner Vergangenheit erzählen? Giebt es spannendere Tragödien, als die Geschichte eines Hannibal, Cäsar, Napoleon? — zartere Idyllen als die liebliche Erzählung von der Schönheit des Lebens im alten Griechenland? Wiegt die Geschichte der gewaltigen römischen Kämpfe mit den Barbaren die Geschichte der Völkerwanderung, des deutschen Reiches, der nordamerikanischen und französischen Revolution nicht zwanzig Romane auf?

Adolph Streckfuß, der berühmte Verfasser der **„Deutschen Geschichte"** und der **„Chronik von Berlin"**, hat es unternommen, jenes großartige Gemälde vor unsern Blicken zu entrollen; sein Name genügt, um versichert zu sein, daß es geschehen wird nicht in der trockenen Form älterer Geschichtsforicher, sondern in der lebhaften, spannenden Weise, die ihm allein eigenthümlich ist; sagt doch einer der hervorragenditen Publizisten von seinem neuesten Werk:

> **„Aus dem Munde des Volkes zum Munde des Volkes zu sprechen, dafür ist Streckfuß der „rechte Mann! Seine Geschichte ist durchaus in dem jetzt so selten gewordenen Tone der guten, „alten Erzählung gehalten, man hört und merkt den Dritten nicht, der zwischen dem Auge und „dem Bilde steht und dieses im langsamen Wandel weiter gehen läßt. Er hat — um es technisch „zu bezeichnen — die Stärke seiner geschichtlichen Darstellung in dem kulturhistorischen Geschehen- „lassen, er sorgt an seinen Figuren nicht blos für Zeichnung, auch für Farbe. Man liest unter- „haltsam frischweg und hat am Ende auch ein ganz Stück gelernt. Schade, daß er nicht Lehrer „geworden ist, die Jungen würden ihm, wie Herwegh sagt, „„im Spazierengehen gescheidt"" „werden!"**

Durch glänzende Illustrationen ist dem Werke ein Schmuck verliehen, der zum Verständniß der Geschichte wesentlich beiträgt.
Mit dem Schlußheft erhält jeder Subskribent gegen die geringe Vergütigung von 10 Sgr. als Prämie:

Das prachtvolle Schlachtenbild von F. Kaiser:
Blücher bei Belle-Alliance.

Die Lieferungen erscheinen pünktlich und nach wenigen Monaten so schnell hintereinander, daß jeder Subskribent **auf Wunsch** in kurzer Zeit im Besitz des vollständigen Werkes sein kann.

Und so übergeben wir der Oeffentlichkeit ein Werk, das durch **Gediegenheit des Inhalts, Eleganz der Ausstattung und Billigkeit des Preises** wohl geeignet ist, ein Gemeingut Aller zu werden und seinen Platz zu finden als **der werthvollste Schatz geistiger Unterhaltung für Kind und Kindeskinder, gleichermaßen im Palast wie in der Hütte.**

Die Verlagsbuchhandlung von Alexander Jonas in Berlin.